

Gebührensatzung der Gemeinde Möllenhagen über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen an öffentlichen Straßen (Sondernutzungsgebührensatzung)

Aufgrund von § 5 Abs.1 der Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. Juni 2004 (GVOBl. M-V S. 205), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Dezember 2010 (GVOBl. M-V S. 690, 712), und der §§ 22, 23, 24 und 28 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Mecklenburg Vorpommern (StrWG M-V) in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Januar 1993 (GVOBl. M-V S. 42), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 28. Oktober 2010 (GVOBl. S. 615,616) sowie des § 8 Abs. 1 und 3 des Bundesfernstraßengesetzes (FStrG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 28. Juni 2007 (BGBl. I S. 1206), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 31. Juli 2009 (BGBl. S. 2585) und des Kommunalabgabengesetzes Mecklenburg – Vorpommern (KAG) vom 12. April 2005 (GVOBl. S. 146) wird nach Beschlussfassung durch die Gemeindevertretersitzung Möllenhagen am 31.03.2011 folgende Satzung erlassen.

§ 1

Gebührenpflicht

- (1) Für die erlaubnispflichtige Sondernutzung werden Gebühren nach Maßgabe des Gebührentarifs (Anlage 1), der Bestandteil dieser Satzung ist, erhoben. Ist die Gebühr niedriger als die im Tarif festgelegte Mindestgebühr, so wird die Mindestgebühr erhoben.
- (2) Das Recht, für die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis Verwaltungsgebühren nach der jeweils geltenden Fassung der Verwaltungsgebührensatzung des Amtes Penzliner Land zu erheben, bleibt hiervon unberührt.

§ 2

Gebührensschuldner

Gebührensschuldner sind der Antragsteller, der aus der Erlaubnis Berechtigte und derjenige, der die Erlaubnis in Anspruch nimmt. Mehrere Gebührensschuldner haften als Gesamtschuldner.

§ 3

Gebührenveranlagung

- (1) Die Gebührenschuld entsteht mit der Erteilung der Erlaubnis.
- (2) Wird die Sondernutzung für eine bestimmte Zeit erlaubt, werden die zu entrichtenden Gebühren bereits bei der Erlaubniserteilung endgültig berechnet.
Die Gebühren sind fällig
 - a) für Sondernutzungen auf Zeit bei deren Erteilung oder zu dem im Bescheid genannten Zeitpunkt
 - b) für Sondernutzungen, die länger als für ein Jahr erteilt werden, jeweils zum 15.01. eines Jahres.

- (3) Auf die Erhebung von Gebühren kann ganz oder teilweise verzichtet werden, wenn ihre Erhebung nach Lage des Einzelfalles für den Gebührenschuldner eine besondere Härte bedeuten würde.
- (4) Von der Erhebung von Gebühren wird in folgenden Fällen abgesehen:
 1. die Sondernutzung wurde durch die Gemeinde Möllenhagen oder deren Gesellschaften veranlasst
 2. die Sondernutzung dient ausschließlich religiösen, karitativen, gemeinnützigen oder politischen Zwecken ohne wirtschaftlichen Nebenzweck
 3. für Hinweisschilder für öffentliche Gebäude, Rettungsdienste, Gottesdienste
 4. für Apothekenhinweisschilder ohne Werbung für Hersteller bzw. Produkte
 5. für Telefonzellen, Briefkästen, Wartehallen und Schutzdächer des ÖPNV

§ 4

Gebührenerstattung

- (1) Wird eine auf Zeit erteilte Sondernutzungserlaubnis nicht in Anspruch genommen, so werden auf Antrag 50% der erhobenen Sondernutzungsgebühren erstattet.
- (2) Im voraus entrichtete Gebühren werden anteilmäßig erstattet, wenn die Gemeinde Möllenhagen die Sondernutzungserlaubnis aus Gebühren widerruft, die nicht vom Antragsteller zu vertreten sind.

§ 5

Sicherheitsleistung

- (1) Die Gemeinde Möllenhagen kann von dem Erlaubnisnehmer eine Sicherheitsleistung verlangen, wenn Beschädigungen an der Straße oder Straßeneinrichtungen durch die Sondernutzung zu befürchten sind. Die Höhe der Sicherheitsleistung wird nach den Umständen des Einzelfalles bemessen.
- (2) Entstehen der Gemeinde Möllenhagen durch die Sondernutzung Kosten zur Instandsetzung der Straße oder der Straßeneinrichtungen, so können diese von der Sicherheitsleistung beglichen werden.
- (3) Werden nach Beendigung der Sondernutzung keine auf die Sondernutzung zurückzuführenden Beschädigungen an der Straße oder an den Straßeneinrichtungen festgestellt, wird die Sicherheitsleistung ohne Abzug zurückgezahlt.

§ 6

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt am Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.
Gleichzeitig tritt die Satzung vom 22.07.2004 außer Kraft

Möllenhagen, den 15. September 2012

Amenda
Bürgermeister